

Mieterverein Buxtehude und Umgebung e.V.

Postfach 14 27 • 21604 Buxtehude

Mitglied im Deutscher Mieterbund

Datum: _____

Mitglieds-Nr.: _____

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich den Beitritt zum Mieterverein Buxtehude und Umgebung e.V. und erkenne dessen Satzung an.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Geburtsdatum: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Straße: _____

Telefon: _____

Unterschrift des Mitgliedes: _____

Die Aufnahmegebühr beträgt 5,00€

Der Beitrag beträgt für 2008 €54,- jährlich einschl. DMB-Miet-Rechtsschutzversicherung

Ab 01.01.2009 €60,- jährlich einschl. DMB-Miet-Rechtsschutzversicherung

für 2008 €36,- jährlich ohne DMB-Miet-Rechtsschutzversicherung

ab 01.01.2009 €42,- jährlich ohne DMB-Miet-Rechtsschutzversicherung

Ich war bereits Mitglied im Mieterverein _____

von _____ bis _____

Beitritt bestätigt 1. Vorsitzender _____ Datum _____

Mieterverein Buxtehude und Umgebung e.V.

Postfach 14 27 • 21604 Buxtehude

Mitglied im Deutscher Mieterbund

Einzugsermächtigung

Mitglieds-Nr.: _____

Hiermit ermächtige ich widerruflich den Mieterverein Buxtehude und Umgebung e.V. den von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag (siehe Beitrittserklärung) bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Name: _____ Vorname: _____

Straße, Nr.: _____ Plz, Wohnort: _____

Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____

Kreditinstitut: _____ Datum, Unterschrift: _____

Sparkasse Harburg-Buxtehude – BLZ: 207 500 00 – KontoNr.:56 91 37

Wir speichern personenbezogene Daten gemäß BDSG

Satzung

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen Mieterverein Buxtehude und Umgebung e.V.
2. Er hat seinen Sitz in Buxtehude und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Buxtehude eingetragen.
3. Der Verein ist dem Landesverband Niedersachsen-Bremen im Deutschen Mieterbund e.V. angeschlossen.

§ 2 Zweck

1. Der Verein bezweckt den Zusammenschluss aller Mieter, Untermieter und Pächter von Buxtehude und Umgebung mit dem Ziele, ihre Interessen in Miet-, Pacht- und Wohnungsangelegenheiten zu wahren und zu vertreten und das gesamte Wohnungswesen nach Grundsätzen zu regeln, die dem Gedeihen der deutschen Familie entsprechen.
2. Die Verwirklichung des Zieles wird erstrebt durch:
 - a) Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung
 - b) Wahrnehmung der Belange der Mitglieder in allen Miet- und Wohnungssachen.
3. Parteipolitische und religiöse Bestrebungen sowie ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb sind grundsätzlich ausgeschlossen.

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglied kann jeder Mieter, Untermieter und Pächter werden, der diese Satzung anerkennt. Nichtmieter können als Mitglieder aufgenommen werden, wenn von ihrer Zugehörigkeit zum Verein eine Förderung desselben zu erwarten ist.

§ 4 Aufnahme, Austritt, Ausschluss

1. Die Aufnahme erfolgt auf Grund schriftlicher Anmeldung. Das Mitglied erhält bei seiner Aufnahme ein Mitgliedsausweis und die Satzung ausgehändigt.
2. Die Mitgliedschaft erlischt:
 - a) durch freiwilligen Austritt jeweils nur zum Ende eines Kalenderjahres. Die Kündigung muss bis zum 01. Oktober durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt werden. Der Austritt kann frühestens zum Ende des zweiten Kalenderjahres nach dem Eintrittsjahr erfolgen.
 - b) durch den Tod, sofern nicht ein Familienmitglied der Hausgemeinschaft die Mitgliedschaft fortsetzen will;
 - c) durch Ausschluss.
3. Der Ausschluss kann erfolgen:
 - a) wenn das Mitglied mit der Beitragszahlung mehr als sechs Monate im Rückstand ist,
 - b) wenn das Verhalten des Mitgliedes sich mit Zweck und Zielen des Vereins nicht vereinbaren lässt.Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand.
4. Der Ausschluss ist dem Mitglied unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen. Das Mitglied hat das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung innerhalb eines Monats nach Empfang der Mitteilung. Bis zur Entscheidung über die Berufung kann es seine Mitgliederrechte nicht ausüben. Beitrag ist auch bei Ausschluss für 2 volle Kalenderjahre nach dem Eintrittsjahr zu zahlen. Er wird fällig nach Ende der Berufungsfrist.
5. Das Mitgliedsbuch bzw. der Mitgliedsausweis bleibt Eigentum des Vereins und ist mit Beendigung der Mitgliedschaft zurückzugeben.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtung des Vereins in Anspruch zu nehmen.
2. Den Mitgliedern wird u.a. gewährt:
 - a) kostenlose Auskunft in allen Mietangelegenheiten.
 - b) Erteilung schriftlicher Auskünfte in allen Miet- und Wohnungsfragen. Hierfür wird ein Unkostenbeitrag erhoben, dessen Höhe durch den Vorstand festgesetzt wird.
3. Aus der Gewährung von Rechtsbetreuung durch den Verein stehen den Mitgliedern keinerlei Ansprüche an den Verein zu.

§ 6 Beitrag

1. Jedes Mitglied hat ein Eintrittsgeld und mindestens einen ordentlichen Jahresbeitrag zu zahlen. Der Beitrag wird jährlich erhoben und ist im ersten Monat des Kalenderjahres fällig. Jedes Mitglied kann über den ordentlichen Beitrag hinaus freiwillige Beiträge zahlen. Die Höhe des Eintrittsgeldes und des ordentlichen Jahresbeitrages bestimmt die Mitgliederversammlung; sie kann das Eintrittsgeld und den Mitgliedsbeitrag mit Wirkung für das nächste Kalenderjahr abändern. Die Mitgliederversammlung hat auch das Recht, eine alle Mitglieder gleichmäßig betreffende Sonderumlage zu beschließen.
2. Die Pflicht zur Beitragszahlung beginnt am ersten Tag des Quartals, in dem die Anmeldung erfolgt. Bei der Aufnahme ist das Eintrittsgeld und mindestens der ordentliche Jahresbeitrag zu zahlen.
3. Der Beitrag ist eine Bringschuld. Für jede Anmahnung des Beitrages wird ein Kostenanteil erhoben, dessen Höhe vom Vorstand festgesetzt wird.
4. Von den Mitgliedern über den ordentlichen Beitrag hinaus freiwillig geleistete Beiträge (Abs. 1 Satz 3) gelten als Mitgliedsbeiträge und sind für die allgemeinen Vereinszwecke zu verwenden.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand
2. die Mitgliederversammlung

§ 8 Der Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus drei von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit gewählten Vereinsmitgliedern:
dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden und dem 3. Vorsitzenden
2. Vorstand im Sinne von § 26 BGB ist der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende. Jeder ist allein vertretungsberechtigt.
3. Die Amtsdauer des Vorstandes beträgt vier Jahre. Für ein Mitglied, das während der Amtszeit ausscheidet, findet in der nächsten Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl für den Rest der Wahlzeit statt.

§ 9 Beschlussfassung

1. Dem Vorstand obliegt die Beschlussfassung über sämtliche Vereinsangelegenheiten, sowie sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.
2. Zur Durchführung der Vereinsarbeit (Beitrags- und Kassenangelegenheiten, Auskunftserteilung usw.) kann der Vorstand die erforderlichen Mitarbeiter berufen und Arbeitsausschüsse bilden.
3. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung, die vom Vorstand beschlossen wird.

§ 10 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 14 Tage einberufen. Die Einberufung erfolgt durch Bekanntgabe in der Mieterzeitung.
2. Die Mitgliederversammlung hat neben den ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben insbesondere zu beschließen über
 - a) Geschäftsbericht
 - b) Jahresabschluss
 - c) Entlastung des Vorstandes
 - d) Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer
 - e) Satzungsänderung
 - f) Auflösung des Vereins
3. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter geleitet.
4. Die Mitgliederversammlung soll in der Regel im ersten Kalendervierteljahr stattfinden. Weitere Mitgliederversammlungen sollen stattfinden, soweit dieses notwendig ist.

§ 11 Anträge

1. Anträge zur Tagesordnung sind spätestens sieben Tage vor der Versammlung schriftlich einzureichen.
2. Die Versammlung ist stets beschlussfähig; sie beschließt mit einfacher Mehrheit, mit Ausnahme von Anträgen auf Satzungsänderungen. Beschlüsse werden in einfacher Schriftform beurkundet.
3. Über den Gang der Versammlung ist eine Niederschrift zu führen, die vom Versammlungsleiter, dem Schriftführer und zwei Versammlungsteilnehmern zu unterzeichnen ist.

§ 12 Wahlberechtigung

1. In den Vorstand und zur Mitarbeit (§ 9, Abs. 2) dürfen nur Personen berufen werden, die volljährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
2. Sämtliche Ämter sind Ehrenämter.

§ 13 Rechnungsprüfer

1. Die Rechnungsprüfer und ein Ersatzkassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit auf die Dauer von vier Jahren gewählt.
2. Sie sind verpflichtet, mindestens in jedem Kalendervierteljahr eine Kassenprüfung und nach Schluss des Geschäftsjahres eine eingehende Geschäfts-, Kassenführung, Bücher und Belege vorzunehmen.

§ 14 Satzungsänderung

Satzungsänderungen können nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 15 Auflösung

1. Über die Auflösung des Vereins muss mindestens sechs Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich und mit Begründung eingereicht werden.
2. Der Antrag bedarf zu seiner Annahme eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder, wobei diese Mehrheit mindestens die Hälfte der Versammlungsmitglieder darstellen muss. Steht eine solche Mehrheit nicht fest, so ist auf Antrag eine neue Versammlung einzuberufen. Die neue Versammlung ist für die Entscheidung zuständig, ohne Rücksicht darauf, ob die Dreiviertelmehrheit auch mehr als die Hälfte der Mitglieder darstellt.
3. Bei der Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an den Landesverband Niedersachsen-Bremen im Deutschen Mieterbund e.V., dem auch die Vereinsakten zu übergeben sind.

§ 16 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 17 Gerichtsstand

Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand ist für alle Ansprüche und Streitigkeiten zwischen dem Verein und den Mitgliedern der Sitz des Vereins.

Die Satzung ist errichtet in Buxtehude am 28. September 1970.

Die Satzung wurde geändert im November 2003.

Vorstandbeschluss vom 26.11.2003 zum Zusatz zur Satzung § 5 Abs. 2b:
Festsetzung des Kostenbeitrages für Schriftverkehr.

Die Kosten des anwaltlichen Schriftverkehrs werden vom Mieterverein nicht übernommen, sondern nach Beendigung des jeweiligen Vorgangs direkt vom Rechtsanwalt an das Mitglied berechnet.

Hinsichtlich der Kostenübernahme durch die Rechtsschutzversicherung des DMB wird auf das Merkblatt "Gruppenvertrag" hingewiesen.

Der Vorstand